
Rezension

160 Tage weht die rote Fahne. Die Revolution in Braunschweig 1918 / 1919 von Hans-Ulrich Ludwig, Verlag Apelhans, Braunschweig 2020, ISBN 978-3-944039-41-4

Vor über 100 Jahren öffneten die aufständischen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die noch in Soldatenuniform gepressten jungen Proletarier die Türen in Mitteleuropa – weg von den aristokratisch, autoritären und menschenfeindlichen Herrschaftssystemen – hin zu einer Entwicklung von demokratischen, freien und partizipationsgeleiteten Zuständen.

Im Vergleich zu den Lebensverhältnissen bis 1918 und 100 Jahre später sind die Unterschiede zwischen dem wilhelminischen Gesellschaftssystem und der Gegenwart nicht nur eklatant, sondern auch für Bundesbürger*innen heute nicht mehr nachvollziehbar.

Auch die Zeitgenossen von 1918 werden die Welt von heute womöglich nicht einmal im Traum für realisierbar gehalten haben ebensowenig wie sie davon ausgehen konnten, dass die neu errungene Republik und ihre Freiheiten rund 14 Jahre später durch Hitler und das nationalsozialistische Regime nicht nur beseitigt wurden, sondern auch nicht für möglich gehaltene Verbrechen der nationalsozialistischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik Europa in eine Hölle verwandelt hatten.

Die Menschen von 1918 hatten eine andere Perspektive vor sich: Die war 1918/19 nicht belastet vom Untergang der Weimarer Republik nur wenige Jahre später und sie war auch nicht belastet von den darauffolgenden Hypotheken des Nationalsozialismus.

Auffällig ist zum einen, dass die Ereignisse der Novemberrevolution von 1918, die überhaupt zum Sturz des aristokratisch geprägten Staates geführt und somit einen entscheidenden Meilenstein im Demokratisierungsprozess Deutschlands (und darüber hinaus Europas) bilden, nicht annähernd gewürdigt werden, wie etwa der Sieg über den Hitler-Faschismus 1945 oder oder gar die Wiedervereinigung Deutschlands 1989, so dass sich ein Historiker schon vor zehn Jahren veranlasst sah, für seinen Buchtitel "Die vergessene Revolution" zu wählen.¹ Wenn schon die Novemberrevolution von 1918 insgesamt vernachlässigt wurde, welche Aufmerksamkeit sollte dann erst einem kleinen Land wie Braunschweig zukommen?

Der Historiker Hans-Ulrich Ludwig nimmt uns für 1918/1919 mit in eine Region, die in dem Gros historischer Darstellungen zur Novemberrevolution kaum auftaucht: In das kleine Land Braunschweig, bis November 1918 Herzogtum, später Freistaat. Mit seinen rund 500.000 Einwohnern, davon Braunschweig mit rund 150.000 Einwohnern als Residenzstadt des Herzogpaares und vier Kleinstädte mit jeweils zwischen 12.000 und knapp 20.000 Einwohnern, war das Land hinsichtlich seiner ökonomischen und politischen Gewichtung nur ein "Duodezstaat" im Reichsgefüge. Hier – so scheint es – wurde nichts entschieden, was sich auf Reichsebene oder für die Entwicklung in den großen Ländern bedeutsam ausgewirkt hätte.

Dass der Eindruck täuscht, zeigt bei näherer Betrachtung die in Braunschweig verlaufende Revolution 1918 / 1919, denn die Entwicklungen dort geben uns Einblicke darüber, welche Chancen der radikale Umbau eines versagenden Herrschaftssystems in eine gerechte Gesellschaft und einen demokratischen Staat enthielt und mehr noch: welche Grenzen.

Mit einer neuen und umfassenden Darstellung zur Novemberrevolution gibt uns der Historiker Hans-Ulrich Ludwig Einblicke aus verschiedenen Perspektiven. Mit dem gewählten Titel "160 Tage wehte die rote Fahne" fokussiert Ludwig seine Darstellung für Braunschweig auf eine Phase der braunschweigischen (und deutschen) Geschichte, die zu den seltenen und doch weichenstellenden Ereignisabläufen gehören: Ein Raum, in dem die politischen Herrschaftseliten vertrieben (oder zumindest gelähmt) wurden und die neue Staatsmacht noch nicht konstituiert ist. In Braunschweig von der Abdankung des Herzogs am 08. November 1918 bis zum Einrücken der Freikorpstruppen unter Maercker im Auftrag der Reichsregierung auf den Schlossplatz der Stadt am 17. April 1919. Leicht irritiert bemerkt der Autor – im Vergleich der mit hohem finanziellen Aufwand betriebenen "Feierlichkeiten von 2013 zum 100. Jahrestag der Braunschweiger Fürstenhochzeit von Ernst August mit Viktoria Luise" – das geringe Interesse an der Novemberrevolution von 1918 / 1919: Obwohl "am 9.

¹ Alexander Gallus: Die vergessene Revolution, Vandenhoeck&Ruprecht, Göttingen 2010

Januar 1919 in der Stadt Braunschweig die erstmals demokratisch gewählte Stadtverordnetenversammlung zu einer konstituierenden Sitzung” zusammengetreten war und einen Monat später – am 10. Februar 1919 – “der erste demokratisch gewählte Braunschweiger Landtag” haben weder Politik noch Öffentlichkeit die Daten genutzt, “um an die Geburt der Demokratie in Stadt und Land Braunschweig zu erinnern.”² Immerhin unterschied sich die Situation Braunschweig bis 1918 von anderen Ländern insofern, als dass der Ausschluss der parteilichen Kriegsgegner aus der SPD dazu geführt hatte, dass während des Kriegs die SPD kaum noch über Mitglieder verfügte (rund 100), weil das Gros der Parteimitglieder (annähernd 3.000) der Unabhängigen Sozialdemokratie (USPD) angehörte, die den weiteren Anpassungskurs mit den kaiserlichen Eliten strikt ablehnte und bereits im August 1917 – also schon rund fünf Monate vor den großen Munitionsarbeiterstreiks in Österreich und in vielen Städten des Reiches – Frieden ohne Annexionsbegehren forderte.

Die Annäherung an die Revolutionszeit gelingt dem Autor, indem er die Ereignisse nicht chronologisch auflistet, sondern nach thematischen Schwerpunkten – Demobilisierung von Armee und Kriegswirtschaft, Sozialisierungsversuche, Schul- und Bildungspolitik, Haltung gegenüber den Kirchen – bündelt, die im Vordergrund des Veränderungsinteresses stehen: Konzepte, Strategien und Handlungen der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung als Hauptakteur dieser Tage, innere und äußere Widerstände, insbesondere mit der Reichsregierung, die Sammlung des Bürgertums gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, die Auseinandersetzungen in der Presse sowie die Irritationen durch Gerüchteküchen und schließlich die Problemlagen und konzeptionelle Widersprüchlichkeiten innerhalb der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung selbst.

Inhaltlich hält der Historiker einen Rückblick, um die Situation, vor allem die Lage der arbeitenden Klasse im Land Braunschweig, und damit die Motive für Veränderungen zu verdeutlichen. Dabei stellt Ludewig zu Anfang an klar, dass diese Revolution nicht “gemacht” wurde und weist damit vergangene vor allem abwertende Behauptungen in das Reich der Legendenbildung: “Sie war das Ergebnis der militärischen Niederlage und der alles beherrschenden Friedenssehnsucht”, verknüpft mit dem “Versagen des alten Systems bei der Bewältigung der Alltagsprobleme im Krieg.” Hinzu gesellte sich die Reformverweigerung der Braunschweiger Eliten, so dass sich die Probleme für die Bevölkerung vertieften. Anders als Kuessner, der auch dem Bürgertum seinen Anteil an der Demokratisierung von 1918/19 im Zusammenhang der herzoglichen Abdankens das Wort redet,³ weist Ludewig in seiner Studie nach, dass in Braunschweig während der 160 Tage die politischen Prozesse der Demokratisierung von den Arbeitern angestoßen und von ihnen – nicht von den Matrosen – getragen wurden. Und die Akteure der Arbeiterbewegung – das zeichnet die Authentizität der Bewegung aus – taten es nicht aus opportunistischen Überlegungen heraus, etwa um bessere Friedensbedingungen beim us-amerikanischen Präsidenten Wilson zu erhalten, sondern weil sie “grundlegende politische und gesellschaftliche Systemveränderungen” einforderten und Jahrzehnte dafür gekämpft haben.⁴

Tatsächlich erleben wir in Braunschweig nicht nur eine Revolte gegen Fehlentwicklungen, sondern auch Akteure mit einem gesellschaftspolitischen Konzept: Ludewig beschreibt den Ablauf der ersten Tage im November bis zur Abdankung des Herzogs am 8. November als die erste Phase der Revolution, um sich auf die entscheidenden Folgephase zu konzentrieren: nämlich wie das zukünftige Politik- und Gesellschaftssystem gestaltet werden soll und wer es mit welchen Konzepten und welchen Ergebnissen zu gestalten in der Lage war.

Braunschweig war am 10. November durch den Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) feierlich zur “Sozialistischen Republik” erklärt worden Zwei Wochen danach hatte der AuSR mehrere Gesetze erlassen, mit deren Hilfe das politische Programm unter der Regierung der neuen Volkskommissare verwirklicht werden sollte. Darunter fiel die Schaffung einer eigenen bewaffneten Macht, die als “Rote Garde” zum einen den alltägliche Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewährleisten und zum anderen die Erungenschaften der Revolution verteidigen sollte. Denn eine gegenrevolutionäre Bedrohung der Revolution bzw ihrer Akteure, die eine neue Gesellschaft aufbauen wollten, befürchteten ihre Protagonisten von Anfang an. Zentrale Veränderungen zielten vor allem auf die Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts, die Trennung von Staat und Kirche, vor allem die Etablierung der

² Ludewig, 160 Tage a.a.O., S. 12

³ Dietrich Kuessner / Maik Ohnzeit / Wulf Otte (Hrsg.): Von der Monarchie zur Demokratie. Anmerkungen zur Novemberrevolution 1918/19 in Braunschweig und im Reich, Verlag Uwe Krebs, Wendeburg 2008
Ludewig, 160 Tage a.a.O., S.

⁴ Ludewig, 160 Tage a.a.O., S. 32

Schulaufsicht durch den Staat, sowie auf Sozialisierungsvorstellungen, die jedoch nicht spezifiziert waren. Innerhalb weniger Tage nahm der AuSR als neuer Souverän per Gesetz Veränderungen vor, denen gegenüber sich die alten Eliten bis zum Fall des Herzogtums gesperrt hatten. Dagegen steht die Bildungspolitik beispielhaft für die grundsätzlichen Kontroversen, denn die Schulpolitik wurde ab 1918 bis zum Ende der Weimarer Republik zum "Schlachtfeld der Braunschweiger Politik" zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie während sich gleichzeitig Arbeiterbewegung und Kirche geradzue feindlich gegenüber-standen.⁵

Standen beim Sturz des monarchischen Systems die Sozialisten der Arbeiterbewegung zusammen, so zeigten sich bereits zwischen der neuen Regierung, vor allem in der Person Sepp Oerter, und dem Braunschweiger AuSR, politisch-ideologisch repräsentiert durch August Merges, wenngleich dieser – von Oerter vorgeschlagen – zum Staatspräsidenten ernannt und damit ebenfalls Regierungsmitglied war, potenzielle Spannungen, die im Verlauf der Folgewochen aufgrund unterschiedlicher Politikkonzepte offen ausbrechen sollten.

Erwähnenswert ist ein weiteres Spannungsfeld, das Ludewig aus Quellenmangel, nicht tiefer beantwortet: Der zwischen den revolutionären Frauen und Männern. Während dem ersten Braunschweiger AuSR immerhin noch sechs Frauen angehörten, was Ludewig als Zeichen für die aktive Rolle der Frauen bei den Kämpfen sieht, und Minna Faßauer als "Volkskommissarin für Volksbildung" die erste Frau in Deutschland ist, die einem Ministerium vorsteht, erfahren die Leser*innen leider nicht konkret, ob oder warum die Frauen ihre Zurückdrängung aus dem politischen Leben hingenommen haben. Da wesentliche politische Maßnahmen allgemein die Reintegration der aus dem Militär demobilisierten Soldaten in die Wirtschaft bezweckten, konnte die – schon aufgrund der gleichzeitigen Demobilisierung der Kriegswirtschaft – nur zulasten der Frauen gehen, die sich zu der Zeit vor allem an der Seite der Männer in einem gemeinsamen Kampf für die proletarische Klasse sahen. Inwieweit hier ein Konfliktpotential begriffen wurde, ist somit nicht bekannt, wurde unter den Sozialisten der USPD und des Spartakusbundes offenbar als Benachteiligungsproblem gegenüber den Frauen nicht öffentlich diskutiert.

Schon die Rückkehr der Frontsoldaten, fast täglich unkoordiniert zu hunderten auf dem Bahnhof und auf eigene Faust oder – zu bestimmten Tagen – in Form eines regimentsgeschlossenen Rückmarsches, deutet die kommenden Veränderungen zuungunsten der Revolution an. Anders als der Rat der Volksbeauftragten unter Ebert in Berlin, verweigerte die Braunschweiger Revolutionsregierung jegliche Kooperation mit dem kaiserlichen Offizierskorps.⁶ Schon die Frage, ob die rückkehrenden Regimentsbataillone unter der dem braunschweigischen blau-gelb, dem kaiserlichen schwarz-weiß-rot oder unter dem revolutionären rot einmarschieren und mit welchen Ansprachen – nationalistische Heldenehrung oder systemkritische Aufrufe – begrüßt werden sollten, führte zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf bei einem dieser denkwürdigen Ereignisse ein dreijähriger Junge erschossen und zwei erwachsene Zivilisten verletzt wurden.⁷

Da die Braunschweiger Arbeiter- und Soldatenräte, die den kaiserlichen Offizieren mit Misstrauen begegneten, mit dem Landesgesetz zur Demobilisierung vom 11. November 1918 die Demobilisierung innerhalb der Landesgrenzen forcierten, gerieten sie in Konflikt mit der Reichsregierung, der – gemäß der Militärkonvention von 1886 zwischen Preußen und Braunschweig, seine Zuständigkeiten überschritt.⁸ Insbesondere das in Braunschweig beschlossene Verbot der Freiwilligenanwerbung für

⁵ Ludewig, 160 Tage a.a.O., S. 67

⁶ Ludewig, 160 Tage a.a.O., S. 47f

⁷ Ludewig, 160 Tage a.a.O., S. 49

⁸ Ludewig, 160 Tage a.a.O., S. 47

An dieser Stelle erwähnt Ludewig leider nicht, dass die Volksbeauftragten unter Ebert die Braunschweiger insofern haben auflaufen lassen, weil sie gerade an der Militärkonvention, die an die Person des Kaisers bzw. den preußischen König, die es in Funktion beider nicht mehr gab, weiterhin zu binden. Jedenfalls hatten während des Reichsrätekongresses am 16. bis 21. Dezember in Berlin die Braunschweiger Akteure schon am Tage der Ankunft zur Reichsrätekongress die Reichskanzlei aufgesucht – so berichtete Schütz –, um mit dem Volksbeauftragten Ebert über die Kündigung der Militärkonvention von 1886 zu sprechen. Schütz gibt an, den "Gedankenaustausch mit dem Stellvertreter von Herrn Ebert" geführt zu haben (BraSozLa vom 18. Dezember 1918). Danach hätten sich die Delegierten an Hugo Haase wenden müssen. Tatsächlich sprachen sie mit Franz Krüger, der ein loyaler Anhänger der Ebertschen Politik war. Das Treffen beschränkte sich auf eine „einen Gedankenaustausch mit Eberts Sekretär, Franz Krüger, der ihnen „versprach, uns nach unserem Hotel Nachricht zu geben, wann einer persönliche Rücksprache mit den maßgebenden Behörden erfolgen kön-

die Freikorps und die Werbung dafür als Hochverrat zu in den Landesgrenzen zu ahnden, brachten Militärführung und Volksbeauftragte in Berlin gegen die Braunschweiger auf. Als der Braunschweiger AuSR erklärte militärische Transportzüge, die durch Braunschweig in den Osten verlegt wurden, anzuhalten und die Soldaten zu entwaffnen, eskalierte der Grundsatzkonflikt bis Mitte Januar 1919: Während die radikaleren Rätemitglieder ihre antimilitaristische Haltung deutlich machten, sahen sich die Volkskommissare schließlich zu einer gemäßigteren Politik veranlasst, indem Militärtransporte nicht mehr auf braunschweigischem Gebiet angehalten wurden. Die radikaleren Akteure protestierten dagegen entschieden und warnten vor einer weiteren Aufrüstung konterrevolutionäre Verbände.

Bestand in der antimilitaristischen Einstellung gegenüber dem Militär dennoch weitgehend Konsens, so gingen die Vorstellungen, in zwei entscheidenden Themen stark auseinander: zum einen in welcher Weise Sozialisierungen vorgenommen werden sollten, zum anderen welches Verhältnis zwischen Arbeiterräten und Landesparlament bestehen sollte. Hier gerieten im sozialistischen Lager konzeptionelle Vorstellungen, aktuelle Forderungen und situationsverändernde Ereignisse in Konflikt. Vor allem das Bestreben, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu verfolgen ohne die dafür erforderliche Wählermehrheit gewinnen zu können, brachte die Sozialisten in Konflikt. Da jedoch die Lage politische Entscheidungen erforderlich machte, präferierte die Mehrheit (Sepp Oerter und die Mehrheit der USPD) die gemäßigte und kompromissorientierte Variante mit der MSPD; eine Minderheit (vor allem die noch unter dem Dach der USPD verbliebenen Spartakusanhänger mit August Merges / Robert Gehrke) votierte dagegen. So mancher ideologisch verbrämte Kompromissformel, vor allem den Landes-AuSR als Aufsichtsorgan über das Landesparlament und somit als "Sicherungsriegel" gegen eine restaurative Politik, musste sich alsdann als Illusion erweisen.

Dennoch agierten die Braunschweiger Sozialisten als "Stachel" im Fleisch der Reichsregierung, denn die Braunschweiger beantworteten jede Maßnahme der Volksbeauftragten in Berlin unter Ebert bzw der späteren Reichsregierung, die sich gegen die Interessen der Arbeiterschaft richtete, mit Protestschreiben, Streiks und Demonstrationen. Allein die Großdemonstration in Braunschweig am 07. Januar 1919 zur Unterstützung der Demonstranten gegen die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) in Berlin, und erst recht der dreitägige Proteststreik, der in Braunschweig vom 20. bis 22 Januar 1919 mit bis zu 30.000 Teilnehmern gegen die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht organisiert wurde, und auf der Merges von der "Mörderregierung in Berlin", der 'Volksfreund' von der "Blutregierung Ebert-Scheidemann" sprachen, offenbarte die Gegensätze.

Ein weiterer Erkenntniswert der Darstellung Ludewigs liegt zudem in seiner systematischen Aufschlüsselung des Radikalisierungsprozesses, hinter dem sich im Grund nur verbirgt, wie allmählich die am 08. November noch einheitlich handelnde Braunschweiger Arbeiterschaft "aufgerieben" wurde. Zwischen den Pressionen der Reichsregierung und dem – sich in Braunschweig ausgesprochen früh – sich organisierenden Bürgertum bildete die Radikalisierung in dem "Zerreibungsprozess" nur die eine Seite der Kompromissorientierung auf der anderen Seite. Gegen die neue Regierung und den Kompromiss mit der MSPD (Regierungserklärung Sepp Oerter im Landtag am 26. Februar 1919) liefen die Anhänger des Rätekonzepts Sturm. Trotz ihrer weitaus geringeren Anzahl von Mandatsträgern im AuSR, erst recht im Landtag, besaßen die Radikalen eine Basis, auf die sich die anderen nicht stützen konnten: Die Arbeiterbelegschaften in den Großbetrieben, vor allem Büssing sowie Amme, Giesecke & Konegen sowie Arbeiter aus Wolfenbüttel, die verhindern wollten, dass nunmehr die von ihnen erkämpften Rechte zur Disposition standen. Nach einem kurzen Zwischenspiel, eine "Räterepublik Braunschweig" auszurufen, die nur einen Tag bestand hatte (28. Februar 1919), nahmen nunmehr die Betriebsräte, unterstützt von Angehörigen der Volksmarinedivision, das Heft in die Hand. Gegen Ende der 160 Tage, zeigte sich somit, dass "der Politik" die Basis gänzlich entglitten war.

Angesichts der großen Streiks im Ruhrgebiet und der Ausrufung der Räterepublik in München beabsichtigten die Betriebsausschüsse sich mit einem Generalstreik in Braunschweig anzuschließen, um in ganz Deutschland die Räterepublik zu errichten. Nicht einkalkuliert oder vorausgesehen hatten sie ebensowenig wie August Merges, der am 09. April 1919 vor rund 10.000 Demonstranten auf dem Schlossplatz die Forderungen der Streikleitung verkündete, dass nunmehr das Bürgerum zum Generalstreik mobilisierte. Ludewig lässt die Anspannung jener Tage ebenso lebendig werden wie die – angesichts der bevorstehenden Reichsexekution durch das Freikorps Maercker – Kompromissfindung,

ne.“ Somit erhielt die die Braunschweiger Delegation drei Tage später die lapidare Mitteilung, „daß eine Erklärung der Reichsregierung auf unser Schreiben betr. Militärkonvention vorläufig nicht zu erlangen ist.“ Braunschweigische Sozialistische Landeskorespondenz (BraSozLa) Nr.7, 24. Dezember 1918 (S. 24) sowie vom 18. Dezember 1918

mit der letztlich nicht nur der Abbruch der Streiks erreicht, sondern der auch dazu beitrug, durch Rückzug den potenziell militärischen Kampf mit den Freikorpsoldaten und damit ein potenziell weiteres Massaker an Arbeitern zu vermeiden.

Auffällig ist hingegen, wie wenig die Gewerkschaften in dem Spektrum der Handelnden explizit als Akteur auftreten. Abgesehen davon, dass die Verbandsvertreter der USPD angehörten, war es einerseits offenbar nicht notwendig, die Gewerkschaften als Organisation in die Auseinandersetzung einzubinden, da die Informationsbasis durch die Obleute und Betriebsräte ohnehin gewährleistet war, andererseits auch klug, um potenzielle Schadensersatzforderung durch die Unternehmen nicht zu provozieren. Welche Debatten zu dem Thema geführt wurden, beschreibt der Autor in seiner Studie nicht.

Hans-Ulrich Ludewig zeigt in seiner Darstellung, dass die Ereignisse zwar durch Fragen unserer Zeit nach Antwort suchen, die Motive der Handelnden jedoch vor allem aus der zeitgenössischen Perspektive, die von den gehorsamsverweigernden, demonstrierenden und streikenden Soldaten, Arbeiterinnen und Arbeitern vor allem von der Hoffnung auf eine Gesellschaft, nicht mehr durch wenige privilegierte Klassenangehörige autoritätsbestimmt wurde und in der die arbeitende Klasse nicht mehr in das Prokrustesbett von militärisch-hierarchischer Unterordnung gezwängt und durch profitorientierte Leistungsanforderungen der Firmenchefs bestimmt wurde. Dass geradezu im Gegensatz das Bürgertum sich in Frontstellung gegen die Arbeiterbewegung organisierte, verbindet der Autor mit einem kurzen Ausblick auf die Entwicklungen bis 1933, die gekennzeichnet sind vom Erstarken der NSDAP. Der Schlossplatz, vor über 100 Jahren Demonstrationsort der Arbeiterbewegung wurde zum Präsentationsort der Nazis.

Ludewig gelingt es dabei die Quellen, die für die Zeit und ihre Ereignisse eher rar sind, so zusammenzuführen, dass – trotz manch nicht mehr zu klärender Vorgänge oder – allerdings nur einmal ein fehlender Delegierter aus Braunschweig in Berlin⁹ – eine Gesamtschau entsteht, die uns eine Annäherung an die Ereignisse ohne Mythenbildung ermöglicht. In Ludewigs Darstellung kommt dabei zum Ausdruck, wie sehr die zeitgenössischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet waren nicht nur von heftigen und kontroversen Debatten, sondern auch von einer emotionalen Lebendigkeit und einem politisch-diskursiven Engagement der im Wilhelminismus zum Schweigen verdammt Männer und Frauen, nur weil sie der Arbeiterklasse angehörten. Die Darstellung zeigt auf, wie sehr die proletarischen Akteure gesellschaftspolitische Verantwortung in einer Zeit wahrnahmen, in der das alte Regime nicht nur versagt hatte, sondern zum Schaden des Gros der Gesellschaftsmitglieder (Kriegs-)Politik betrieben hatte und sich die Eliten nunmehr um ihre Verantwortung drückten. Das Resultat dieser Verantwortungsübernahme durch die Arbeiterräte ist – trotz aller Mängel – der Beginn der Demokratisierung von Gesellschaft und Staat. Dass sich Differenzen über den weiteren Weg manifestierten und kontrovers ausgetragen wurden, ändert nichts an der subjektiven Kraft der Arbeiterbewegung jener Zeit, sondern weist eher darauf hin, wie wenig die Themen – zunächst unter den repressiven Bedingungen der wilhelminischen Ära, gefolgt von den rasch aufeinanderfolgenden Ereignissen der Revolutionstage – zuvor ausführlicher diskutiert wurden oder werden konnten.

Nach dem Mauerfall 1989 und dem Bankrott der DDR erscheinen sozialistische Vorstellungen, insbesondere Forderungen nach Sozialisierung und Formen direkter Demokratie als durch die Geschichte widerlegte Phantastereien. Noch heute stoßen die Forderungen der Arbeiterbewegung von 1918 / 1919 auf Skepsis (nach dem Motto "gut gemeint, aber unrealistisch") und scheinen einer Identifizierung mit den Errungenschaften für die Entwicklung der Demokratie und einer Erinnerungskultur wie etwa zum Jahre 1989 im Wege zu stehen.

Hier leistet die Darstellung von Ludewig einen würdigen Umgang mit der regionalen (und auch überregionalen) Zeitgeschichte, indem er die Arbeiterbewegung als Subjekt der Geschichte und damit als Akteur des zeitgeschichtlichen Demokratisierungsprozesses zeigt. Bereits im monarchischen System

⁹ Ludewig, 160 Tage a.a.O., S. 42

Auf Reichsrätekongressen am 16. bis 21. Dezember in Berlin war der Braunschweiger Landes-AuSR mit drei Delegierten: neben Emil Schütz als Vorsitzender des Landes-AuSR die USDP-Mitglieder Wilhelm Reupke aus Bad Harzburg und Heinrich Bassermann aus Schöningen. Dass auf dem Rätekongress aus Braunschweig nicht zwei, sondern drei Delegierte des Landes-AuSR teilnahmen, ändert am Erkenntnisgewinn der Darstellung nichts

Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte. Berlin 16.-21. Dezember 1918. Stenographische Berichte. Reprint der Ausgabe vom Januar 1919, Kritische Bibliothek der Arbeiterbewegung, Verlag Olle & Wolter, Berlin-West 1973

Ludewig nutzt für als Quellenbasis den Braunschweiger Anzeiger; abweichend davon das Protokoll des Reichsrätekongresses

entwickelte die Arbeiterbewegung, deren Mitglieder keine umfassende, dann noch kirchlich beaufsichtigte, Schulbildung, erst recht keine höhere, erhalten haben, theoretische Analysen sowie Handlungsstrategien für eine gesellschaftspolitische Zukunft, Grundlagen und Konzepte, die eine ausgesprochen authentische Leistung darstellen.

Die Darstellung ist gut lesbar, übersichtlich gegliedert und anschaulich präsentiert. Durch die Nutzung einer breiten zeitgenössischen Presselandschaft erscheinen die öffentlich i.d.R. hart geführten Diskurse als politische Streitkultur, wie sie uns heute nicht unbekannt ist. Da die Debatten zugleich von einer Vielzahl öffentlicher Versammlungen, Streiks und Demonstrationen mit den verschiedenen Willensbekundungen der jeweiligen Akteure begleitet sind, ist das Buch von Ludewig obendrein spannend zu lesen, ein Darstellung, die in der zeitgeschichtlichen bzw. politischen Bildung präsent sein sollte.

Kontakt

Gerhard Wysocki
Baustelle Demokratie
c/o Deutscher Gewerkschaftsbund
Region SüdOstNiedersachsen
Wilhelmstraße 5
38100 Braunschweig

<http://novemberrevolutionbraunschweig.de/>

Verlagsinformation Online

http://www.appelhans-verlag.de/buchprogramm.php?mode=buch&action=display&buch_id=233

160 Tage weht die rote Fahne Die Revolution in Braunschweig 1918/1919



Autor:

Hans-Ulrich Ludewig

Format: 17x24 cm

Erschienen: 2020

Umfang: 176

ISBN: 978-3-944939-41-4

Preis: € 18.00

Am 8. November 1918 fegte eine Massenbewegung aus Soldaten und Arbeitern das alte System hinweg. Die folgenden hundertsechzig Tage bis zum Einmarsch der Maercker – Truppen am 17. April 1919 zählen zu den bewegtesten der neueren Braunschweiger Geschichte. Der Historiker Hans-Ulrich Ludewig beschreibt die revolutionäre Aufbruchsstimmung der Novembertage und die hochfliegenden Zukunftspläne der politischen Akteure. Lang erprobte Aktionsformen wie Demonstrationen, Massenversammlungen und Streiks prägten das Revolutionsgeschehen. Der Alltag der Menschen in der Umbruchzeit nach dem Ersten Weltkrieg wurde durch praktische Sorgen und Ängsten geprägt, begleitet von einer breiten Politisierung. Der Weg von der im November proklamierten sozialistischen Republik zur parlamentarischen Demokratie war in Braunschweig holprig. Dabei stand der Schlossplatz stets im Mittelpunkt des aktuellen Geschehens. Hier wurde leidenschaftlich über die politische Zukunft des Landes gestritten. Trotz mancher Um- und Irrwege schlug auf diesem Platz die Geburtsstunde der Demokratie im Land Braunschweig.